

Redeentwurf zur Sondersitzung
Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten
im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den
Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur
Corona-Pandemie am 19. Januar 2021

für Andreas Schwarz
140. Plenarsitzung
am Donnerstag, 21. Januar 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: Ab 10 Uhr

Rededauer: 20 Minuten (Manuskript etwa 15 Minuten)

Redereihenfolge:

MP, FDP/DVP, GRÜNE, CDU, SPD, AfD

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für uns GRÜNE steht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle.

Oder, um es in Abwandlung eines FDP-Wahlplakats zu sagen:
„Gesundheit first!“

Wir wollen und wir müssen die Ausbreitung des gefährlichen Virus verhindern.

Denn, meine Damen und Herren,
die Lage ist weiterhin ernst.

Das hat Herr Ministerpräsident eindrücklich dargestellt, und dem ist nichts hinzuzufügen.

Wir müssen Abwägungen treffen. Jede Entscheidung hat Folgen.

Ein Leitfaden für uns, die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist das Wohl unserer Kinder.

Denn wir wollen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive geben.
Das gilt ganz besonders in diesen Zeiten.

Es kommt jetzt darauf an, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die Maßnahmen des Lockdowns zeigen eine deutliche Wirkung. In den letzten Tagen hat sich die landesweite Inzidenz halbiert.

Das ist ein Anlass, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen!

Ja, auch wenn wir es leid sind – Abstand halten, Masken tragen, Kontakte vermeiden, die Ausgangssperre. Das alles wirkt sehr gut!

Die Inzidenzwerte für Baden-Württemberg gehen deutlich zurück.

Das ist unser gemeinsamer Erfolg, der Erfolg der Bürgerinnen und Bürger, der Erfolg aller, die mitmachen, in der Wirtschaft, in den Schulen, in den Familien. **Herzlichen Dank dafür!**

Es wird nun klar: Wenn wir gemeinsam daran arbeiten, schaffen wir es, das Virus zurückzudrängen.

Und das ist unbedingt nötig.

„Gesundheit first“ heißt Prävention, heißt Vorsorge.

„Gesundheit first“ heißt auch: Impfen.

Deswegen strengen wir uns weiter an.

Deswegen ist es völlig richtig, dass die Maßnahmen verlängert und teilweise verschärft wurden.

Denn die Erfolge im Kampf gegen das Virus sind fragil.

Das zeigt das Beispiel Irland, das zeigen andere Länder.

Und es geht dabei ganz besonders um die neuen Mutationen.

Bisher sind diese bei uns nur in Einzelfällen aufzufinden.

Damit können wir umgehen.

Aber die mutierte Variante des Virus ist tückisch.

Sie ist erheblich ansteckender.

Ihre Ausbreitung müssen wir verhindern.

Daher gilt nun das Gebot der Prävention umso mehr.

Daher begrüßen wir die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz.

Noch einmal ist eine gemeinsame Kraftanstrengung notwendig.

Dann schaffen wir das.

Meine Damen und Herren,

wir reden über die Ärztinnen und Pflegekräfte, die bis an den Rand der Erschöpfung um das Leben von Covid-19-Patienten kämpfen.

Uns eint die Sorge um die besonders vulnerablen Gruppen, um Menschen mit Vorerkrankungen und um die Älteren.

Wir wissen um die Nöte der Wirtschaft, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gerade in den Branchen, die in ihrem Geschäftsbetrieb weiter eingeschränkt sind.

Wir erleben täglich engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die in Windeseile einen hochwertigen Fernunterricht auf die Beine gestellt haben.

Lassen Sie uns auch über eine Gruppe sprechen, für die diese Krise besonders schwierig ist.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen in diesen Tagen auf vieles verzichten.

Das fängt beim direkten Kontakt mit anderen Kindern an, den die Kleinsten jetzt nicht haben.

Viele Jugendliche kommen mit dem strukturierten Fernunterricht gut klar. Doch auch hier gibt es viele Fragen. So vermissen Jugendliche Treffen mit Freundinnen und Freunden.

Ähnlich sieht es bei der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen aus.

Vieles, was diese Zeit des Erwachsenwerdens ausmacht, fällt derzeit aus und findet nicht statt.

Dazu kommen wegfallende Nebenjobs oder der erschwerte Start ins Berufsleben und die damit verbundenen finanziellen Sorgen.

Über all dem schwebt die Unsicherheit darüber, wie es nach der Corona-Krise weitergeht.

Es liegt jetzt in unserer Hand, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Perspektive zu bieten!

Denn wir alle entscheiden mit unserem Verhalten mit darüber, wie lange die Schutzmaßnahmen notwendig sind, und wann Lockerungen möglich sind!

Deswegen sind wir alle gemeinsam gefordert!

Meine Damen und Herren,
in dieser Pandemie bilden wir eine Verantwortungsgemeinschaft.

Diese **Verantwortungsgemeinschaft** reicht von den Rathäusern und Landratsämtern über das Land bis zum Bundesgesundheitsminister und zur europäischen Union.

Nur gemeinsam können wir das Virus in Schach halten!

Es ist daher gut, dass die Ministerpräsidentenkonferenz sich dafür einsetzt, die Maßnahmen stärker als bisher europäisch abzustimmen. Gerade in unseren Grenzregionen zeigt sich, wie notwendig ein europäisch abgestimmtes Vorgehen ist.

Das ist der richtige Rahmen!

Diese Verantwortungsgemeinschaft vom Rathaus bis zur Europäischen Union wird beim Impfen ganz besonders deutlich.

Das fängt bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Das Interesse, sich impfen zu lassen, ist riesig.

Das ist erfreulich – sorgt aber leider derzeit für Frust, denn noch ist der Impfstoff nicht in dem Maße verfügbar, wie es notwendig wäre.

Zuständig für die Impfstoffbeschaffung ist der Bund, im europäischen Geleitzug.

Und der Bund ist angewiesen darauf, dass Firmen wie Pfizer-Biontech ihre zugesagten Lieferungen einhalten.

Als Land haben wir, hat Sozialminister Manne Lucha, die Infrastruktur für das Impfen aufgebaut. Und da sind auch die Landkreise mit im Boot – und viele, die sich bereit erklärt haben, in den Impfzentren mitzuwirken. Daher möchte ich allen Ärztinnen und Ärzten, allen Ehrenamtlichen und allen Mitgliedern der Rettungsorganisationen danken, die hier so tatkräftig dabei sind!

Die Kreisimpfzentren gehen morgen an den Start. Es gibt noch zu wenig Impfstoff. Die Termine sind sehr schnell ausgebucht.

Aber wichtig ist doch: wir legen jetzt los!

Es gab jetzt Vorwürfe.

Manche haben aus jedem Zehntelprozent eine Schlagzeile gemacht.

Aber wenn ich mich so umschaue, dann zahlt sich jetzt unsere konservative und vorsichtige Herangehensweise aus.

Manche Länder sind vorgeprescht und geraten jetzt in Nöte, weil die zweite Dosis nicht schnell genug geliefert wird.

Bayern sagt gerade flächendeckend Impftermine ab.

In Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Armin Laschet den Start der Impfungen für die über 80-jährigen auf den 8. Februar verschoben

Ich mache hier niemand einen Vorwurf.

Es gibt unterschiedliche Philosophien. Letztlich wird sich erst im Sommer zeigen, welche davon am besten war.

Wichtig ist doch, dass jetzt überall die Infrastruktur aufgebaut ist, dass das Impfen schnell an Fahrt aufnehmen kann, sobald der Impfstoff in genügend großer Menge zur Verfügung gestellt wird.

Deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir das hinkriegen!

Und ich bin noch immer begeistert davon, wie schnell diese Impfstoffe entwickelt und getestet wurden.

Das bisher nur auf dem Papier erdachte mRNA-Verfahren wurde jetzt in die Praxis umgesetzt, allein in Deutschland schon 1,3 Mio. mal damit geimpft – **das ist großartig!**

Meine Damen und Herren,

gehen wir gemeinsam, mutig und unverzagt diese Krise an!

Obwohl die Zahlen zurückgehen, heißt es, weiter wachsam zu bleiben!
Die **Verlängerung der Maßnahmen** bis zum 14. Februar ist deswegen die richtige Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt.

Ich begrüße es, dass jetzt die besser wirksamen **medizinischen Masken** im Nahverkehr, beim Einkauf und an Arbeitsplätzen zum Einsatz kommen. In der Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und Kreisen braucht es darüber hinaus gute Lösungen, um auch ärmere Menschen mit solchen Masken auszustatten.

Um Kontakte zu vermeiden, sind das mobile Arbeiten und das **Home-Office** wirksame Instrumente.

Das betrifft nicht die Frau am Fließband oder den Bäckereiverkäufer.

Aber da, wo Home-Office möglich ist, muss es jetzt kommen. Mit dieser Regelung kann die Infektionslast deutlich gesenkt werden.

Das ist entscheidend!

Und selbstverständlich gilt, was ich auch bei unserer letzten Sitzung zu diesem Thema schon gesagt habe: es ist jetzt notwendig, dass die Überbrückungshilfen verlängert werden, unbürokratisch fließen und schnell ausgezahlt werden.

Das ist notwendig, um unseren Unternehmen zu helfen.

Dafür haben wir uns eingesetzt. Dabei konnten einige Verbesserungen erreicht werden, etwa im Hinblick auf die Erhöhung der Gesamtfördersumme.

Das ist gut.

Aber noch wichtiger ist mir und uns, dass diese Gelder endlich dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Hier sind der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister gefragt.

Meine Herren [Herr Scholz, Herr Altmeier], es eilt!

Meine Damen und Herren,
insgesamt sind das die richtigen Werkzeuge.

**Deshalb werden wir die von der Ministerpräsidentenkonferenz
getroffenen Beschlüsse in Baden-Württemberg umsetzen.**

Diese Haltung teilen ja nicht alle hier in diesem Haus.

Kollege Rülke hat vorhin deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es der
FDP mit Öffnungen mal wieder nicht schnell genug gehen kann.

Das verkennet den Ernst der Lage.

Klamauk ist dieser Debatte unangemessen.

Wir sind hier nicht im Kabarett.

Und wir sind nicht auf der Wahlkampfbühne.

Das ist doch eine ganz miese Nummer, was sie hier machen!

Das ist Wahlkampf pur. Knallt schön, bringt uns in der Sache aber nicht
weiter.

**Deswegen werden wir ihren Entschließungsantrag
selbstverständlich ablehnen, Kollege Rülke!**

Meine Damen und Herren,
uns Grünen liegt das Wohl der Kleinsten ganz besonders am Herzen.

Deswegen ist die Frage ganz besonders wichtig, wie es mit den Kindertagesstätten und Schulen weitergeht.

Wir sind hier im Einklang mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz.

[Lesen Sie es nach! Die Präsenzpflcht bleibt ausgesetzt!]

Kinder und Familien haben Priorität.

Wir brauchen Perspektiven insbesondere für die Kleinsten.

Wenn ab Februar Öffnungen aufgrund der zurückgehenden Inzidenzen möglich sind, werden Schulen und Kindertagesstätten vorne in der Reihe stehen.

Klar ist: eine Öffnung ist nur auf der Grundlage einer verbesserten Infektionslage und zurückgehenden Inzidenzen möglich. Hygiene und Schutzmaßnahmen sind dann besonders wichtig.

Und die Präsenzpflcht bleibt zunächst ausgesetzt.

Das gilt auch für die **SBBZ** [Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren], die ja zum Teil derzeit schon geöffnet sind. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass die Lehrerinnen und Lehrer dort mit hochwertige Masken und Schutzkleidung ausgestattet werden.

Herr Ministerpräsident hat ausführlich dargestellt, was die Kriterien für eine vorsichtige und behutsame Öffnung der Grundschulen sind.

Wir begrüßen diese Vorgehensweise!

Die Frage, wie eine Öffnung der Kindertagesstätten und Grundschulen gelingen kann, ist eine, die differenziert betrachtet werden muss.

Ein einfaches Ja oder Nein ist hier fehl am Platz.

Deswegen ist es richtig, hier mit größter Umsicht vorzugehen.

In dieser Pandemielage sind kleine Schritte notwendig.

Dabei gilt es, sich immer wieder zu vergewissern, ob der Plan noch richtig ist, ob die Datengrundlage noch stimmt.

Vieles deutet darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sich kleine Kinder anstecken, geringer ist.

Ob diese geringere Wahrscheinlichkeit ausreicht, um mit der höheren Ausbreitungsrate der neuen Virus-Mutation klarzukommen, ist unsicher. Auch deswegen ist hier Vorsicht angesagt!

Und genau diese Vorsicht strahlen die Kriterien aus, die Herr Ministerpräsident vorgestellt hat.

Wir begrüßen es, dass die Kultusministerin hierzu nun ein Konzept erarbeiten wird.

Denn das ist genau die richtige Vorgehensweise:

- Die Entscheidung darüber, ob die Grundschulen zum 1. Februar geöffnet werden, fällt in **Abhängigkeit von der Infektionslage**.
- Die **Öffnung erfolgt schrittweise**, das heißt, dass die Kleinsten aus der ersten und zweiten Klasse zuerst wieder in die Schulen kommen. Hier ist der Bedarf für den direkten Kontakt zu den Lehrkräften am größten. Das ist deswegen die richtige Reihenfolge.
- Allen Lehrkräften in den Grundschulen werden **wirksame Masken** zur Verfügung gestellt und das Hygienekonzept wird weiterentwickelt. Denn selbst wenn Kinder weniger ansteckend sind, so liegt das Risiko eben nicht bei null!
Deswegen ist es wichtig, hier nachzuschärfen!
- Und am wichtigsten: wenn die Grundschulen geöffnet werden, dann nicht mit voller Besetzung, sondern im **Wechselunterricht**. Denn wenn 14 statt 28 Kinder auf einmal in einem Klassenzimmer sitzen, dann senkt das das Ansteckungsrisiko noch einmal deutlich.
Ich begrüße ein solches Wechselmodell ausdrücklich!
Das ist ein ganz wichtiger Baustein einer umsichtigen und sorgsamen Öffnungsperspektive für die Kleinsten.

Bezogen auf die weiterführenden Schulen ab Klasse 5 ist klar, dass diese mindestens bis zu den Faschingsferien im Fernunterricht bleiben werden.

Wie es danach weitergeht, wird von den Inzidenzen abhängig sein.
Das ist mit Blick auf die epidemiologische Lage richtig so.

Es freut mich dabei, dass das **strukturierte Fernlernen** sehr viel besser funktioniert als im Sommer letzten Jahres. Die Schulen und Lehrkräfte haben sich hier richtig reingehängt und setzen gute Ideen um.
So läuft der Unterricht auch auf Distanz!

Das sind gute Botschaften, die mir Mut machen.

Dennoch ist es mir und meiner Fraktion wichtig, jetzt schon Überlegungen dazu anzustellen, welche Angebote von Lernbrücken und Unterstützungsangeboten möglich sind, damit Kinder wieder den Anschluss finden.

Denn gerade auch in der Coronakrise wollen wir verlässlich gute Bildung anbieten.

Wie es nach den Faschingsferien weitergeht,
wird anhand der Entwicklung der Infektionszahlen zu entscheiden sein.

Heute ist eine verlässliche Aussage hierzu schlicht nicht möglich.

Denn niemand weiß heute sicher, wie die Lage im Februar sein wird.

Deswegen ist es richtig, dass erst Mitte Februar entschieden wird.

Ich bin frohen Mutes, dass wir weitere sinkende Zahlen haben werden.

Das gelingt dann, wenn jetzt alle daran mitwirken.

Wenn alle sich an die Regeln halten, ihre Kontakte reduzieren und
Vorsicht walten lassen.

Dann wird es uns gelingen, das Virus zurückzudrängen.

Dann werden die Mutationen hier keinen Fuß fassen.

Und dann lässt sich über weitere Lockerungen und Öffnungen sprechen!

Bis dahin gilt aber, dass wir uns dem Virus entschlossen und beherzt
entgegenstellen.

**Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, die wir in Baden-
Württemberg umsetzen, sind ein wichtiger Baustein dabei.**

Deswegen unterstützen wir sie mit unserem Entschließungsantrag.

Gemeinsam schaffen wir das!

Herzlichen Dank!

[Bleiben Sie gesund – denn darauf kommt es jetzt an!]